Die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR im Spiegel pädagogischer Erfahrungsberichte¹

Andreas Tietze

Die polytechnische Bildung, die Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit der Schüler und der Vermittlung von Einblick in die wichtigsten Produktionszweige, war ein zentrales Element des Bildungswesens der DDR. Sie stellte in der deutschen Bildungsgeschichte insofern ein Novum dar, als daß die Sphären der Produktion und der Erziehung nun auch außerhalb der Berufsausbildung bewußt miteinander verschränkt wurden.² Damit trat die Erziehung zum Teil aus der Schule heraus und verband sich mit dem gesellschaftlichen Leben. Dies brachte Neuerungen nicht nur für Schüler und Lehrer, sondern auch für die Arbeiter volkseigener Betriebe und die Arbeiter und Bauern der LPGen. So regelte das Schulgesetz von 1959 in § 11 Abs. 2: „Die volkseigenen Betriebe und landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind für die Unterstützung der Schulen bei der Entwicklung des polytechnischen Unterrichts, insbesondere bei der Durchführung des Unterrichts in der sozialistischen Produktion, verantwortlich.“ Die Übernahme eines Bildungsauftrages und pädagogischer Verantwortung durch die Betriebe schlug sich auch auf die Tätigkeit der Arbeiter nieder.

Wenn im folgenden versucht wird, die Anfänge der polytechnischen Bildung in der DDR aus der Perspektive konkreter Erfahrungen bei der Verknüpfung des Unterrichts mit produktiver Arbeit nachzuzeichnen, so steht nicht der Anspruch im Vordergrund, ein umfassendes oder repräsentatives Bild der realen Entwicklungen mit ihren Widersprüchen und Schwierigkeiten zu zeichnen. Stattdessen beschränkt sich die Darstellung auf idealtypische Fälle, an denen sich die wesentlichen Prozesse dieser Entwicklung illustrieren lassen. Anhand von Modellberichten, deren Veröffentlichung in erster Linie propagandistischen Zwecken diene, soll skizziert werden, wie sich die Verbindung von Unterricht und Produktion vollzog und wie die Arbeiterklasse im konkreten Fall die ihr zugewiesene Erziehungsverantwortung übernahm. Im Mittelpunkt stehen drei

1 Bearbeiteter Vortrag auf der Tagung „Arbeiterbewegungsgeschichte von unten. Arbeiterleben und Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert – neue Erkenntnisse, neue Fragen“ am 8./9. Dezember 2006 in Berlin.

2 Hier sei darauf hingewiesen, daß die Verbindung des Unterrichts mit praktischer Arbeit der Schüler keineswegs eine Erfindung der DDR-Pädagogik gewesen ist. Sowohl die klassische bürgerliche Pädagogik als auch die Reformpädagogik versuchten in vielfältiger Weise, die praktische Tätigkeit der Schüler für den Unterricht nutzbar zu machen, sei es durch Handfertigkeitsunterricht oder in der Arbeits- bzw. Produktionsschule. Das Neue der polytechnischen Bildung war die Verbindung des Unterrichts mit der realen, gesellschaftlichen Produktion anstelle isolierter, schulisch organisierter manueller Tätigkeit.

Erfahrungsberichte, die exemplarisch darstellen, vor welcher Aufgabe Schule und Betriebe standen, als es darum ging den Unterricht im Sinne polytechnischer Bildung umzustrukturieren und mit der Arbeit im Betrieb zu verbinden.

I. Einleitung

Als nach Kriegsende die Reorganisation des Schulwesens in der SBZ begann, spielte auch die Verbindung von Unterricht und Arbeit, z. T. durch materielle Notwendigkeiten begründet, eine Rolle. Jedoch orientierte man bis ca. 1948 verstärkt auf die Arbeitsschulidee der Reformpädagogik, wie sie in der Weimarer Republik große Popularität genoß. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Tradition unter der Lehrerschaft noch relativ weit verbreitet, da sie Bestandteil der Berufsbiographie vieler Lehrer in der SBZ war. Als theoretische Grundlage, auf der man vorübergehend den Aufbau des Schulwesens gründen konnte, war sie ebenfalls geeignet, da sie dem antifaschistischen Konsens der ostdeutschen Nachkriegspädagogik entsprach.³ Erst mit der Entwicklung einer sozialistischen Perspektive ab 1948/49 begann die Abwendung von der Arbeitsschulidee und die Hinwendung zu einer auf Leistungssteigerung ausgerichteten Intellektualisierung des Unterrichts, wobei die bestehenden arbeitsunterrichtlichen Rudimente, wie der Werkunterricht, beseitigt wurden. Die polytechnische Bildung spielte zu dieser Zeit, bis auf vereinzelte Beiträge,⁴ in der wissenschaftlichen Diskussion und erst recht in der Praxis keine Rolle.

Erst als im Juli 1952 die II. Parteikonferenz der SED den Aufbau des Sozialismus beschloß, erhielt auch die Debatte um polytechnische Bildung einen enormen Impuls. Dieser manifestierte sich in einem Beschluß des Politbüros der SED vom 29. Juli 1952, in dem es hieß: „Der planmäßige Aufbau des Sozialismus in unserer Republik fordert, daß sich die Jugend in der allgemeinbildenden Schule die Grundlagen der Wissenschaften und der Produktion aneignet.“⁵ Zwischen dem Politbüro und der pädagogischen Basis versuchte die Redaktion der Zeitschrift „Pädagogik“ mittels einer Erklärung, als Transmissionsriemen zu fungieren und die gefaßten Beschlüsse zu vermitteln. Hinsichtlich der Verbindung des Unterrichts mit produktiver Arbeit erkannte die Pädagogikredaktion die vom Politbüro gestellten Forderungen an und orientierte auf eine, dem sowjetischen Beispiel folgende, Einführung des polytechnischen

3 Paul Wandel: Die demokratische Einheitsschule – Rückblick und Ausblick; in: Pädagogischer Kongress – Leipzig – 1947, Berlin-Leipzig o. J., S.42.

4 Walter Wolf: Polytechnische erziehung in der grundschule und zweijahrplan; in: Pädagogik, 4 (1949) 1, S.9-17.

5 Zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts und zur Verbesserung der Parteiarbeit an den allgemeinbildenden Schulen. Beschluß des Politbüros der SED vom 29.7.1952, in: Dokumente zur Geschichte des Schulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik – Teil 1: 1945-1955, ausgewählt von Gottfried Uhlig, Berlin 1970, S.419.

Unterrichts. Aufgrund der sowjetischen Erfahrungen würden dabei der „deutschen demokratischen Schule [...] solche Irrwege wie die Einführung der Produktionsschule oder [der] monotekhnische[n] Ausbildung erspart bleiben.“⁶ Bezüglich der primär intellektuellen, auf Leistungssteigerung ausgerichteten Bildung stellte die Forderung nach Einführung der polytechnischen Bildung keinen Richtungswechsel dar. Vielmehr folgte sie dem Anspruch der Leistungssteigerung unter neuen, klar auf den Sozialismus gerichteten gesellschaftlichen Bedingungen. Die Forderung nach polytechnischer Bildung war am Anfang der 50er Jahre im allgemeinen aus der Perspektive gesellschaftlicher Notwendigkeit legitimiert worden.

Mit dem angestrebten Aufbau des Sozialismus in der DDR und der Orientierung an den Erfahrungen der UdSSR sind zwei zentrale Faktoren benannt, die den Bestrebungen zur Einführung der polytechnischen Bildung zu Grunde lagen. Ihre Durchsetzung jedoch bedurfte einer zumindest grundlegenden Verständigung über deren Wesen, Inhalte und Methoden sowie über bisherige, vereinzelte Erfahrungen, bestehende Schwierigkeiten und die zu ergreifenden ersten Schritte. Den Verständigungsprozeß darüber in Gang zu setzen und die praktische Umsetzung der polytechnischen Bildung vorzubereiten, das war die Aufgabe einer groß angelegten Konferenz.

Auf der vom Ministerium für Volksbildung angeregten sogenannten „theoretisch-praktischen Konferenz über Fragen der polytechnischen Bildung“ im Mai 1953 wurde versucht, Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung dieser neuen Bildung zu finden, wobei neben Bildungsfunktionären und Erziehungswissenschaftlern auch die pädagogische Basis in Form engagierter Lehrer eine gewichtige Rolle spielte. Deren Bedeutung speiste sich vor allem daraus, daß zwar über die Einführung der polytechnischen Bildung ein breiter Konsens herrschte, das „Wie“ dieser Entwicklung jedoch bislang weitgehend unklar war. So erging vom Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (DPZI) die Aufforderung an Lehrer, die in irgendeiner Weise mit dem, was sich unter polytechnischer Bildung subsumieren ließ, befaßt waren, ihre Erfahrungen zu schildern und als Beispiel zur Nachahmung bereitzustellen.⁷ Damit wurden einzelne praktizierende Pädagogen wichtige Stützpunkte der flächendeckenden Einführung der polytechnischen Bildung.⁸

6 Erklärung des Reaktionskollegiums zum Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Erhöhung des wissenschaftlichen Niveaus des Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen vom 29.7.1952, in: Pädagogik, 7 (1952) 11, S.793-813.

7 Um die an einzelnen Schulen gemachten Erfahrungen zusammenzutragen, lieferte das DPZI ganz praktische Hilfe. So wurden z. B. die Zweigstellen mit je 100 l Benzin unterstützt, um Berichte und Exponate zur polytechnischen Bildung zusammenzutragen. (Bibliothek für bildungsgeschichtliche Forschung des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung/Archiv: DPZI; Akte 546; Hausmitteilung vom 17.3.1953).

8 Später waren solche, polytechnisch engagierten Lehrer weiterhin von Bedeutung bei der

Deren Erfahrungsberichte blieben bis zur gesetzlichen Fixierung der polytechnischen Bildung 1959 ein wichtiges Instrument zu ihrer Durchsetzung in der Praxis. Dies aus zwei Gründen:

- 1 Zum ersten dienten diese Berichte dem Erkenntnisgewinn. In Ermangelung diesbezüglicher Fachliteratur und verwertbarer Erfahrungen versuchte man, über dieses „trial-and-error-Verfahren“ aus individuellen Erfahrungen verallgemeinerbare Erkenntnisse abzuleiten.
- 2 Ihnen kam in hohem Maße eine propagandistische Bedeutung zu. Die Idee der polytechnischen Bildung war in der DDR der fünfziger Jahre keineswegs flächendeckend verbreitet und die Polytechnizität des Unterrichts nirgends verbindlich festgelegt, so daß jene Erfahrungsberichte die Aufgabe hatten, das Thema in die Reihen der Lehrer hineinzutragen und deren Nachahmung zu induzieren.

Mit der fortschreitenden Entwicklung des Konzeptes polytechnischer Bildung⁹ veränderten sich auch die Gegenstände der Erfahrungsberichte. Wurden 1953 noch vermehrt selbstgebaute Lehrmittel, Modelle und Schülerexperimente vorgestellt,¹⁰ stand 1958 die Kooperation der Schule mit dem Betrieb und die konkrete Ausgestaltung der Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit im Mittelpunkt der Berichte.

II. Berichte

Die folgenden Erfahrungsberichte wurden im Jahr 1958 in der Zeitschrift „Pädagogik“ veröffentlicht und stehen exemplarisch für eine Serie solcher Berichte in jenem Jahr. Der Grund für ihr Erscheinen liegt in der Forcierung der Bestrebungen zur Einführung der polytechnischen Bildung seit der Schulkonferenz der SED im April 1958 und der Einführung der Fächer „Unterrichtstag in

Erforschung praktischer polytechnischer Bildung, z. B. im Rahmen der Fächer „Unterricht in der Produktion“ (UdP) und „Einführung in die sozialistische Produktion“ (ESP). (Siehe BBF/DIPF/Archiv: DPZI Akte 1908, Forschungsverträge).

9 Zwischen 1953 und 1959 entwickelte die polytechnische Bildung in der DDR ihre Gestalt, die sie im großen und ganzen bis 1990 beibehielt. Jedoch unterschieden sich die anfänglichen Vorstellungen, formuliert auf der Konferenz von 1953, deutlich von der tatsächlichen Struktur der polytechnischen Bildung am Ende der fünfziger Jahre. Während zu Beginn die Diskussion eher um produktionsrelevante Inhalte kreiste, die in den bestehenden Fächern vermittelt werden sollten, war 1958/59 ein Fächerkanon entstanden, der der polytechnischen Bildung neue Strukturelemente bereitstellte und die praktische Tätigkeit der Schüler im Betrieb verbindlich regelte. Die anfänglich formulierten widersprüchlichen Positionen, ob polytechnische Bildung nun Unterrichtsinhalt oder Unterrichtsprinzip sei, wurden in den Lehrplänen am Ende der 50er Jahre aufgehoben. Polytechnische Bildung war nun Bildungsinhalt und Unterrichtsprinzip.

10 Siehe die Beiträge zur Konferenz von 1953, in: Die polytechnische Bildung in der Deutschen Demokratischen Republik und die Wege zu ihrer Verwirklichung – Protokoll der theoretisch-praktischen Konferenz des Deutschen Pädagogischen Zentralinstituts über Fragen der polytechnischen Bildung vom 21.-23.5.1953 in Berlin, Berlin 1954.

der sozialistischen Produktion“ (UdP) und „Einführung in die sozialistische Produktion“ (ESP) im September 1958. Damit stand jede Schule vor der Aufgabe, den Unterricht mit der Arbeit in einem Betrieb zu verbinden. Die veröffentlichten Berichte hatten in dieser Situation sowohl eine anleitende wie auch eine motivierende Funktion.

2.1 „Über die Vereinigung des Unterrichts mit produktiver Arbeit“ (Fridubert Köllner)

Die Ernst-Thälmann-Schule hatte seit 1949 Patenschaftsverträge mit einigen Betrieben Ruhlas und führte gelegentliche Betriebsbesichtigungen durch. Dennoch beklagte man die mangelnde Verknüpfung der Produktionspraxis und der Schule und stellte fest, daß die Entwicklungen, die sich in den Betrieben vollzogen, in der Schule nicht entsprechend reflektiert werden konnten. Also ließ man ab 1956/57 die Schüler jeden Mittwoch von 14.00 – 16.00 Uhr an der Arbeit im VEB Elektrische Fahrzeugausrüstung teilnehmen. Dazu hieß es im Betriebskollektivvertrag des Industriebetriebes: „Um die Erziehung zur Arbeit und die polytechnische Bildung der Schüler zu fördern, verpflichtet sich die Werkleitung, im Betrieb folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a) Die Schüler der 7. Klasse arbeiten in achtwöchigem Wechsel in den Abteilungen Schmiede, Werkzeugbau, Reparaturwerkstatt, Montage Autoelektrik;
- b) Die Schüler der 8. Klasse in dreiwöchigem Wechsel in den Abteilungen Mechanik, Kleinmaschinen, Gasanlage;
- c) Die Schüler der 9. und 10 Klasse in dreiwöchigem Wechsel in der Abteilung Chemie-Labor;
- d) Die Schüler der 11. und 12. Klasse in zweiwöchigem Wechsel in den Abteilungen Elektro-Labor, Elektroprüffeld, Galvanik.

[...] Hierzu stellen die Meister der betreffenden Abteilungen für den Durchlauf der Schüler einen Plan unter Berücksichtigung der Arbeitsschutz- und Sicherheitsbestimmungen auf und sind verantwortlich für die Betreuung der beteiligten Schüler und Lehrer.“¹¹ Damit übernahmen die Arbeiter nicht nur einen Bildungsauftrag, sondern ebenso erzieherische Verantwortung für die in ihrem Bereich tätigen Schüler. In der Bewertung dieser Verbindung von Unterricht und Arbeit stellte Köllner fest: „Die Möglichkeiten einer engen Verbindung zwischen der produktiven Arbeit und dem Unterricht in der Schule waren unterschiedlich. Während in einzelnen Abteilungen Erkenntnisse aus der Chemie, dem Physik- und Mathematikunterricht gut verwendet werden konnten, waren in anderen Abteilungen, zum Beispiel im Elektrolabor, umfangreiche Unterweisungen notwendig, die weit über den Unterrichtsstoff hinausgingen. In der Montage und der Schmiede wurden sehr wenige Kenntnisse aus dem Unterricht verlangt.“¹²

11 Betriebskollektivvertrag des VEB Elektrische Fahrzeugausrüstung, zit. nach: Fridubert Köllner: Über die Vereinigung des Unterrichts mit produktiver Arbeit, in: Pädagogik, 13 (1958) 4, S.282.

12 Ebenda.

Aus der Arbeit ergaben sich Schwierigkeiten, denen durch die Umstrukturierung des schulischen Unterrichts begegnet werden sollte. Dies war z. B. die Ausrichtung der Unterrichtsschwerpunkte an den Anforderungen der in der jeweiligen Klassenstufe besuchten Abteilungen. Insofern also wirkte die Betriebspraxis auf die bewußte Gestaltung des Verhältnisses von Unterricht und produktiver Tätigkeit zurück. Es erfolgte nicht eine bloße Ergänzung des Unterrichts durch die Arbeit in der Fabrik, sondern der Unterricht wurde so umstrukturiert, daß die Verbindung mit der Arbeit möglichst organisch wurde. Im Ergebnis stellte Köllner eine enger werdende Bindung zwischen Schülern und Arbeitern fest, da die Patenschaftsverträge nunmehr zwischen Klasse und Abteilung, statt auf der Ebene Schule – Betriebsleitung, geschlossen wurden. Gleichzeitig sei die theoretische Arbeit der Schüler, z. B. zur Geschichte des Betriebes, von den Arbeitern mit Interesse aufgenommen worden.¹³

2.2 „Schule und sozialistischer Großbetrieb“ (Manfred Kitze/Manfred Lindhof)

Die Verfasser dieses Berichtes waren der Schuldirektor der Käthe-Kollwitz-Oberschule in Merseburg und ein Mitarbeiter der Arbeitsdirektion der Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Die Leitfrage ihres Berichts lautete: „Wie kann die Arbeiterklasse ihren Einfluß auf die Erziehung geltend machen?“¹⁴

Die Lösung dieser Frage wurde an der Kollwitz-Schule nicht allein auf die Kooperation mit dem Patenbetrieb beschränkt, da dessen Mitarbeiter oft nur einen ungenügenden Kontakt zur Schule hätten, sondern man bemühte sich um die intensive Einbindung der Eltern in die Diskussionen zur Einführung des polytechnischen Unterrichts. Der Elternbeirat stellte in dieser Hinsicht einen Kooperationspartner dar. „Nachdem im Elternbeirat und im Kern der Elternschaft über die Art der sozialistischen Umgestaltung der Schule Klarheit geschaffen worden war, begann die Diskussion im Pädagogischen Rat. Wir schlugen diesen Weg ein, um den Kollegen zu zeigen, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei eine gewaltige Kraft darstellen, die fähig ist, die Verhältnisse grundlegend zu verändern [...] Wir, die Mitglieder der Schulparteiorganisation, standen also nicht allein da, unsere Forderungen, die ja Forderungen der sozialistischen Gesellschaft sind, wurden nachdrücklich von den aktiven Vertretern der Gesellschaft, unseren Arbeitereltern unterstützt.“¹⁵ Hier zeigt sich, daß die Einführung der polytechnischen Bildung nicht primär auf pädagogischer Initiative beruhte. Vielmehr war es die Implementierung politischer Notwendigkeiten durch die SED-Basisorganisation mit Hilfe aktiver Eltern. Die Lehrerschaft erscheint zumindest zu einem gewissen Teil als retardierendes Moment der Neugestaltung.

13 Siehe ebenda, S.286.

14 Manfred Kitze/Manfred Lindhof: Schule und sozialistischer Großbetrieb, in: Pädagogik, 13 (1958) 9, S.679.

15 Ebenda, S.680.

Im Zuge erfolgreicher Überzeugungsarbeit unter den Lehrern wurde jedoch auch der theoretische Fachunterricht hinsichtlich polytechnischer Inhalte umgestaltet. Dazu kam noch vor der Einführung des UdP die Kooperation mit der Industrie im Rahmen eines sogenannten „produktionstechnischen Tages“. „Als wir dann in den Klassen 9, 10 und 11 [...] Klassenelternversammlungen abhielten, wurden unsere Pläne von dem größten Teil der Elternschaft interessiert aufgenommen. Eltern, die sich noch nicht über die Bedeutung der polytechnischen Bildung im klaren waren und vor allem die Schwierigkeiten sahen, nicht jedoch die ungeheuren erzieherischen Möglichkeiten, wurden besonders von den Vertretern der technischen Intelligenz aus den Leunawerken aufgeklärt. In einer Besprechung mit Vertretern der Kreisleitung der SED, der Gewerkschaft und der FDJ bei der Arbeitsdirektion des Betriebes wurde unser Vorhaben gebilligt und vom Direktor der Leuna Werke ‚Walter Ulbricht‘, Prof. Dr. Schmidt, genehmigt.“¹⁶ Auch die Tatsache, daß die SED, die FDJ und die Gewerkschaft den Beratungen beiwohnten, verdeutlicht den Charakter dieser Maßnahme als gesamtgesellschaftliches Projekt. Unter gründlicher Beachtung von Sicherheitsbestimmungen und gesundheitlicher Unbedenklichkeit der Arbeitsplätze begann die Arbeit der Schüler im Leunawerk. Dabei wurde auf den intensiven Kontakt zu den Arbeitern besonderer Wert gelegt, um deren erzieherischen Einfluß zu sichern. So heißt es im Bericht: „Wir sind der Meinung, daß unsere Schüler nicht genug unmittelbar mit unseren Arbeitern zusammenkommen können, so daß sie die schwere und komplizierte Arbeit kennenlernen [...]. Wir haben keinen Grund, dabei zu verschweigen, daß die hohen Leistungen unserer Arbeiter nicht ausschließlich und nicht immer der Ausdruck eines hohen sozialistischen Bewußtseins sind, daß nicht das Verhalten aller Arbeiter vorbildlich ist.“¹⁷

Dabei beteiligten sich die Arbeiter durch Vorschläge zur Organisation des UdP, zur Führung eines Berichtsheftes durch die Schüler oder zur Teilnahme der Schüler an Versammlungen und Beratungen direkt an der Erziehungsarbeit.

Die Schüler wurden in verschiedenen Abteilungen des Werks eingesetzt und verrichteten vielfältige Tätigkeiten, so das Anfertigen einfacher Bauelemente an Bohrmaschine und Drehbank, Reparaturarbeiten an Werkzeugen und Maschinen und Materialprüfung. Der Bildungswert dieser Arbeiten hing laut Bericht entscheidend davon ab, ob „der jeweilige Meister oder Arbeiter Interesse an der Weiterbildung der Schüler hat und seine Aufgabe mit gewissem pädagogischem Geschick anpackt. Hier können die Pädagogen mit geeigneten Hinweisen helfen.“¹⁸

Im Betrieb galt es, neben produktionsrelevantem Wissen im Rahmen der chemischen Industrie auch praktische Fähigkeiten zu vermitteln. So ging es beim Einsatz der Schüler in der Bauabteilung darum, sie so zu qualifizieren, „daß sie noch

16 Ebenda, S.683.

17 Ebenda, S.684.

18 Ebenda, S.685.

im kommenden Jahr unter Anleitung entsprechender Facharbeiter die Klassenräume und Flure ihrer Schule zu renovieren vermögen.“¹⁹

Kitze und Lindhof schließen ihren Bericht mit dem Ausblick auf eine weitere Intensivierung der polytechnischen Bildung und engere Verbindung von Schule und produktiver Tätigkeit. „Ab September 1958 wollen wir einen weiteren Schritt tun, und den Versuch unternehmen, die Schüler systematisch darauf vorzubereiten, daß sie bei Abschluß der produktiven Arbeit und theoretischen Unterweisung gleichzeitig mit dem Abitur die Facharbeiterprüfung ablegen können. Wir denken dabei an den Beruf des Chemiefacharbeiters. [...] Wir gehen mit Freude ins nächste Schuljahr, das uns der sozialistischen Schule einen großen Schritt näher bringen wird.“²⁰

In diesem Bericht wird deutlich, wie vielschichtige Möglichkeiten man sah, den erzieherischen Anspruch der Arbeiterklasse zu verwirklichen: zum einen über die enge Einbeziehung der Eltern in das schulische Geschehen, zum anderen über die Eingliederung der Schüler in die Praxis der Arbeiter. Damit bekam auch die Funktion des Pädagogen einen neuen, eher koordinierenden, synthetisierenden Charakter.

2.3 „Die Schule und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes“ (Gerold Müller, Fritz Fischer, Gerhard Irmscher)

Die Schule im nahe Karl-Marx-Stadt gelegenen Claußnitz, eine neunklassige Schule, die zur Mittelschule ausgebaut werden sollte, schloß mit der 231 ha umfassenden LPG der Gemeinde einen Freundschaftsvertrag, auf dessen Grundlage man den anstehenden, gemeinsamen Aufgaben im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes begeben wollte. So veranstaltete die Schule oft Kulturveranstaltungen wie Buchbesprechungen oder Feiern, an denen die Mitglieder der LPG teilnahmen. Andererseits nahmen die Lehrer an den Versammlungen der LPG teil.

Auf der Basis der Beschlüsse der SED-Schulkonferenz von 1958 und mit dem Ziel der Errichtung der sozialistischen Schule sollte das Verhältnis zwischen Schule und LPG umgestaltet werden. So nahmen Arbeitsgemeinschaften der Schüler die Arbeit der LPG zum Gegenstand ihrer Tätigkeit. „Die Jungen Fotografen“ fertigen Dia-Reihen über die Arbeit der Genossenschaftsbauern und den Einsatz der neuesten landwirtschaftlichen Maschinen an. Mit diesen Lichtbildern wollen wir in den Bauern- und Einwohnerversammlungen propagandistisch wirken. [...] Die „Jungen Historiker“ sind dabei, eine Chronik unserer LPG zu erarbeiten und sie fortwährend zu ergänzen. Wir werden damit eine wichtige Zeit in der Geschichte des Dorfes für die Zukunft festhalten. Die „Jungen Meteorologen“ übermitteln täglich um 7.30 Uhr dem Agronomen ihre

19 Ebenda, S.686.

20 Ebenda.

Beobachtungsergebnisse, damit er sich bei der Organisation des Arbeitstages danach richten kann.“²¹

Darüber hinaus beteiligte sich die LPG an der polytechnischen Ausbildung der Schüler. Sie stellte der Schule Anbaufläche zur Verfügung, auf der die Schüler der 7. bis 9. Klasse Wettbewerbe um die größten Flächenträger austragen konnten.²² Die Anleitung der Schüler während des Unterrichtstages in der Produktion wurde von Genossenschaftsbauern übernommen, die gemeinsam mit den Lehrern versuchten, die praktischen Arbeitserfahrungen mit theoretischen Kenntnissen zu verknüpfen.

Dazu wurde ein Plan aufgestellt, in dem die Behandlung des Schulstoffes mit praktischen Arbeiten verbunden wurde. So war für die 8. Klasse vorgesehen:

<i>Woche</i>	<i>Fach</i>	<i>Stoffeinheit</i>	<i>Produktive Arbeit</i>	<i>Beobachtung in Unterricht und Produktion</i>	<i>Erziehungsziel</i>
3.11.- 15.11. 1958	Chemie	Oxydation, Rostschutz	Pflege der Maschinen	Rostentfernung, Rostschutzmittel	Erhaltung des genossen- schaftlichen Eigentums
1.12.- 20.12. 1958	Physik	Druck und Druckkraft	Arbeit im Kuh- und Schweinestall	Messen, Wiegen, Milchprüfung. Arbeitsweise der „Dämpfer- kolonne“	Genauigkeit und Sauberkeit

(aus: Müller u. a., Die Schule..., S.740; Auszug)

Um die polytechnische Ausbildung der Schüler zu sichern, wurde auch von den Lehrern verlangt, sich hinsichtlich der Lehrinhalte weiterzubilden, so daß z. B. jeder junge Lehrer Traktor fahren lernen mußte.

Im Gegensatz zum Merseburger Beispiel nahmen hier die Eltern eher eine zögernde Haltung ein. „In der Aussprache im Elternrat stieß unser Versuch dagegen auf einen gewissen Widerstand. Ein Teil der Mitglieder sah darin zunächst eine Mehrbelastung der Kinder, teilweise betrachtete man diese neue Unterrichtsform sogar als Wiedereinführung der Kinderarbeit. In der Diskussion gelang es uns, den Elternbeirat dafür zu gewinnen, daß das ‚polytechnische Praktikum‘, wie wir es nannten, versuchsweise eingeführt werden soll.“²³

Die gegenseitige Verflechtung der Akteure war zu eng und die Bedeutung der Angehörigen der LPG zu groß, als daß deren Bedenken hätten administrativ

21 Gerold Müller/Fritz Fischer/Gerhard Irmscher: Die Schule und die sozialistische Umgestaltung des Dorfes, in: Pädagogik, 13 (1958), S.738.

22 Ebenda, S.743.

23 Ebenda, S.739.

übergangen werden können. Vielmehr mußte die Verbindung von Schule und Betrieb von allen Akteuren, auch den Eltern, getragen werden.

III. Die Erfahrungsberichte als Quellen bildungshistorischer Erkenntnis

1958 gewann die polytechnische Bildung im großen und ganzen ihre Gestalt, die bis 1990 das Schulwesen der DDR prägte. Insofern berühren diese Berichte den Kern der polytechnischen Bildung in der DDR, die Verbindung des Unterrichts mit der gesellschaftlichen Produktion.

Alle Berichte wurden in der „Pädagogik“, der zentralen erziehungswissenschaftlichen Fachzeitschrift, herausgegeben vom DPZI, veröffentlicht. Das DPZI war hinsichtlich der Einführung der polytechnischen Bildung eine der Haupttriebkraft, weshalb die Berichterstattung weniger der Beobachtung sich vollziehender Prozesse diente, sondern diese Entwicklungen selbst vorantreiben sollte. Durch diesen propagandistischen Charakter läßt sich aus den Berichten kein repräsentatives Stimmungsbild gewinnen. Den Vertretern der polytechnischen Bildung stand eine Vielzahl von Lehrern gegenüber, die als Vertreter einer Pädagogik vom Kinde aus oder in der Ablehnung eines materialistischen Erziehungsverständnisses, diese Neuerungen skeptisch bzw. latent ablehnend mitverfolgten. Jedoch konnten sie kein Gegenkonzept formulieren, welches in irgendeiner Weise konkurrenzfähig gewesen wäre. Insofern mußte sich die polytechnische Bildung nicht gegen ein alternatives Erziehungskonzept durchsetzen, sondern gegen Skepsis gegenüber dem Neuen sowie gegen die fehlende Einsicht in die gesellschaftliche Bedeutung dieser Entwicklungen. Die angeführten Erfahrungsberichte können als Instrumente in diesem Kampf verstanden werden.

Anhand der Berichte lassen sich folgende avisierte Veränderungen in der beruflichen Praxis der Arbeiter feststellen:

Der Horizont ihrer Arbeit erweiterte sich über die Fabrikhalle oder die LPG hinaus und erfaßte nunmehr auch die Kooperation mit Schülern und Pädagogen. Dadurch verstärkte sich die gesellschaftliche bzw. politische Perspektive ihrer Arbeit im Kontext des sozialistischen Aufbaus. Darüber hinaus erweiterte sich der Aufgabenbereich ihrer Arbeit. Zur eigentlichen Aufgabe der materiellen Produktion trat nun jene hinzu, den Schülern Grundkenntnisse und –fähigkeiten zu vermitteln, sowie Verantwortung für sie zu übernehmen. Dies stellte besondere Anforderungen an die Arbeiter hinsichtlich pädagogischen Geschicks, Geduld und vorbildhaften Verhaltens.

Durch die Verbindung von Unterricht und Produktion und durch die direkte Beteiligung der Arbeiter an der Erziehung der Jugendlichen sollte, so die Erwartung der Pädagogen und Bildungsfunktionäre, die polytechnische Bildung einen konkreten Beitrag zur Beseitigung des Widerspruchs zwischen Kopf- und Handarbeit leisten.

Als historische Dokumente ihrer Zeit legen diese Berichte heute Zeugnis vom damaligen Aufbruch in pädagogisches Neuland sowohl für Schüler und

Pädagogen als auch in besonderer Weise für die Arbeiter. Dieser Aufbruch hätte ohne die Pionierleistungen an einzelnen Schulen und Betrieben und den Sprung aller Beteiligten ins kalte Wasser nicht stattfinden können. Die konkrete Praxis der polytechnischen Bildung im Rahmen des entstehenden Sozialismus hatte direkt emanzipierende Effekte auf die Arbeiter wie auch auf die Erziehung.

Aus Anlaß des 150. Geburtstages von

Clara Zetkin (1857-1933)

laden der
Förderverein für Forschungen zur Geschichte
der Arbeiterbewegung
und die Rosa-Luxemburg-Stiftung

zum Kolloquium

„Clara Zetkin in ihrer Zeit“.
ein.

Termin: Freitag, 6. Juli 2007, 10 bis 18 Uhr
Ort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin,
Franz-Mehring-Platz 1

Anschließend Besuch der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in
Birkenwerder b. Berlin (Busfahrt).

Interessenten, die sich mit Diskussionsbeiträgen beteiligen
wollen, teilen das bitte mit an: a.plener@web.de

Weitere Informationen und Programm des Kolloquiums auf den
Websites des Jahrbuchs für Forschungen zur Geschichte der
Arbeiterbewegung: www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de
sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung: www.rosalux.de